

Gewalt gegen Frauen sichtbar machen

Autor(en): **dw**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **20 (1994)**

Heft 9

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-361717>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vorbereitungskonferenz in Wien

dw. Im Oktober fand in Wien die regionale Vorbereitungskonferenz (Europa und Nordamerika) für die 4. Welt-Frauen-Konferenz in Peking 1995 statt: vom 13.–15. das NGO (Non-Government Organizations)-Forum und im Anschluss daran die Regierungskonferenz. Am NGO-Forum wurden von 1700 Frauen aus 56 Ländern Ergänzungen und Verbesserungsvorschläge zum offiziellen Richtlinienpapier, der sogenannten Aktionsplattform, erarbeitet. Aus der Schweiz nahmen verschiedene Frauen aus Friedens-, Migrantinnen- und Frauenorganisationen teil.

OFRA: Mutterschaftsversicherungs-Entwurf ist Miminallösung

sw. Bekanntlich hat kürzlich Bundesrätin Ruth Dreifuss einen Entwurf für ein Bundesgesetz über die Mutterschaftsversicherung in die Vernehmlassung gegeben – rund 50 Jahre nach dem entsprechenden Verfassungsauftrag (vgl. EMI 6/94). Jetzt liegt die Stellungnahme der OFRA Schweiz zu diesem Entwurf vor. Die OFRA unterstützt den vorliegenden Entwurf als ersten, langersehnten Schritt nachdrücklich: Die Einführung eines bezahlten, 16-wöchigen Mutterschaftsurlaubs für erwerbstätige Frauen sei eine absolut dringliche Massnahme. Die OFRA kritisiert jedoch, der Entwurf sei ein absolutes Minimum und könne nur als Ausgangspunkt für die Einrichtung einer eigenständigen, obligatorischen und allgemeinen Mutterschaftsversicherung dienen, wie sie die OFRA und andere Frauenorganisationen, Gewerkschaften und Parteien schon lange forderten. Aus verschiedenen Gründen kann die OFRA den vorliegenden Entwurf nur als Minimallösung verstehen. Ihre Kritik richtet sich gegen folgende Punkte:

- Der Entwurf sieht nur eine Lösung für erwerbstätige Frauen vor, einzig der Ausfall von Erwerbseinkommen wird also versichert. Die OFRA zeigt sich befremdet darüber, dass gerade das Mutterschaftsversicherungs-

Gesetz das langjährige Postulat der Frauen, die gesellschaftlich notwendige, aber unentgeltlich geleistete Erziehungs-, Betreuungs- und Hausarbeit der Erwerbsarbeit gleichzustellen, in keiner Weise berücksichtigt. Wieder einmal, so die OFRA, sollen die Interessen von erwerbstätigen und nicht-erwerbstätigen Frauen gegeneinander ausgespielt, die Frauen auseinanderdividiert werden – die OFRA wehrt sich dagegen und fordert angemessene Tagelder für nicht-erwerbstätige Mütter.

- Höchst unbefriedigend sei auch, dass sich das vorgeschlagene Modell am vertrauten, antiquierten patriarchalen Rollenverständnis orientiere, das die Kinderbetreuung als Sache der Frauen betrachtet. Nur erwerbstätige Frauen erhielten Versicherungsleistungen. Damit jedoch die Männer ihre Kinderbetreuungspflichten endlich wahrnehmen, müssten auch sie Leistungen beanspruchen können. Die OFRA fordert deshalb einen bezahlten Elternurlaub von mindestens neun Monaten, der wahlweise von der Mutter nach dem 16-wöchigen, bezahlten Mutterschaftsurlaub, vom Vater oder einer anderen Person, die die Verantwortung für das Kind mit der Mutter teilt, beansprucht werden kann – mit der Garantie der Rückkehr an den Arbeitsplatz.

- Inakzeptabel ist für die OFRA auch die unhinterfragte Beibehaltung der Verknüpfung der Mutterschaft mit der Krankenversicherung: Der vorliegende Entwurf regle nur die Lohnfortzahlung nach der Geburt; die Kosten für Untersuchungen, Entbindungen, Nachbetreuung, Stillberatung etc. sollen weiterhin von der Krankenversicherung übernommen werden, dies habe höhere Prämien für Frauen bei Zusatzversicherungen zur Folge. Die Frauen, so die OFRA würden also weiterhin als alleinige Verursacherin-

nen der Mutterschaftskosten betrachtet und dafür zur Kasse gebeten. Die OFRA fordert eine Mutterschaftsversicherung, die alle Mutterschaftskosten übernimmt und sie anstelle des Kopfprämienystems über ein einkommensabhängiges Beitragssystem finanziert.

Politische Frauenförderung im Baselbiet

sw. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft will die politische Gleichstellung von Frauen und Männern fördern. Die vorgeschlagenen Massnahmen stützen sich auf eine von der Berner Politologin Regula Stämpfli erarbeitete Studie zur politischen Gleichstellung (in Auftrag gegeben vom Baselbieter Büro für Gleichstellung und der Beratenden Kommission für Frauenfragen des Regierungsrates) und dem daraus abgeleiteten Bericht einer regierungsrätlichen Begleitgruppe unter dem Vorsitz von Susanne Leutenegger Oberholzer. Der Baselbieter Regierungsrat hat nun die folgenden Massnahmen beschlossen: Herausgabe einer Broschüre für politische Frauenförderung, Schulungsprogramme für die politische Bildung, Einführung eines Frauenförderungspreises und öffentliche Ausschreibung vakanter Kommissionssitze. Zur Einführung einer Quotierung konnte sich der Regierungsrat jedoch nicht durchringen – und dies, obwohl Studie und Begleitgruppe die Quotierung als wirksames Mittel zur Durchsetzung der politischen Gleichstellung vorgeschlagen hatten.

Gewalt gegen Frauen sichtbar machen

dw. Vom 24. Nov. bis 10. Dez. werden international Aktionen und Veranstaltungen zum Thema Gewalt gegen Frauen stattfinden. Diese Kampagne wurde vom philippinischen Frauen-Netzwerk «Babaylan» initiiert und wird mittlerweile von vielen Frauen mitunterstützt. In Basel findet am Donnerstag den 24. November eine Kundgebung statt.

Alle Frauen sind aufgerufen, mit auf Leintüchern aufgemalten Parolen zum Thema und viel Lärm auf die Kampagne aufmerksam zu machen.

Treffpunkt: 24. November um 17.30 h auf dem Clara-platz, ca. 18.30 h auf dem Marktplatz. (Wer Leintücher malen will, trifft sich am 20. November um 14.00 h im Frauenzimmer Basel).

cf-d-Jahressammlung: Tanzende Schildkröten

bo. «...dann werden auch die Schildkröten tanzen» – so lautet das Motto der diesjährigen Jahressammlung des «Christlichen Friedensdienstes» (cf-d). Damit ruft der cfd auf zur Überwindung von Verhärtung und Erstarrung. Mit dem Verkauf einer Speckstein-Schildkröte aus Zimbawbe und einer Postkartenserie mit Schildkrötenkarikaturen werden drei ProjektpartnerInnen im Ausland beim Aufbau geschützter Räume für Frauen unterstützt: das Frauenhaus in Zimbabwe, das palästinensisch-israelische Rape Crises Center in Haifa sowie eine Anlauf- und Therapiestelle für bosnische Frauenflüchtlinge in Ex-Jugoslawien.

Die Postkarten-Serie (Fr. 10.–) und die Speckstein-Schildkröte (Fr. 12.–) können bezogen werden bei: cfd, Postfach, 3001 Bern, Fax: 031 302 87 34.

Neue Beratungsstelle zu Versicherungsfragen

sw. Wer sich im wuchernden Dickicht der Gesetze, Bestimmungen und Empfehlungen zu Altersvorsorge und Sozialversicherungen nicht mehr zurechtfindet, kann auf eine neue Hilfe zurückgreifen: Die Frauenzentrale des Kantons Bern (FZB) hat ihre Dienstleistungen ausgebaut und eine entsprechende Beratungsstelle eröffnet. Obwohl diese grundsätzlich auch Männern offensteht, will sie ihr Augenmerk vornehmlich auf frauenspezifische Anliegen richten. Weil das bestehende Sozialversicherungssystem in we-

sentlichen Teilen nach wie vor vom Modell der Kleinfamilie mit dem erwerbstätigen Mann und der gratis den Haushalt besorgenden Frau ausgeht und damit den Lebenssituationen der Frauen immer weniger entspreche, ergäben sich für berufstätige, geschiedene, alleinerziehende und ledige Frauen ganz besondere Versicherungs- und Vorsorgeprobleme, erklärte die Vorsteherin der neuen Beratungsstelle, Yvonne Hofstetter. Zwei Juristinnen mit entsprechender Berufserfahrung werden nun versuchen, den betroffenen Frauen Möglichkeiten aufzuzeigen, um die Probleme abzufedern.

Frauenzentrale des Kantons Bern, Beratungsstelle Altersvorsorge + Sozialversicherung, Tel. 031/311 72 01 (Quelle: Der Bund).

Architektur von und für Frauen

fb. Dass der Alltag von Frauen häufig nicht einfach zu organisieren ist, wissen nicht nur wir, sondern auch die mit Stadt- und Quartierplanung beauftragten ArchitektInnen. Dennoch ist es nicht die Regel, dass z.B. Wohnungsgrundrisse auf die Bedürfnisse derjenigen zugeschnitten sind, die nachweislich die meiste Zeit in der Wohnung verbringen: die (teilweise berufstätigen) Frauen (mit Kindern). Architektinnen und Planerinnen machen seit einiger Zeit auf diese Mängel aufmerksam; bislang fehlte es ihnen jedoch an der Lobby, ihre Vorstellungen von einem Lebensraum zu verwirklichen, in dem Frauen (und Kinder) nicht diskriminiert und buchstäblich an die Wand gedrängt werden. Mit der P.A.F. (Planung und Architektur von und für Frauen) wird am 12. November in Bern ein gesamtschweizerischer Verein gegründet, der in den Bereichen Planung und Architektur die Gleichstellung von Frauen fördern und ihren Anliegen und Bedürfnissen mehr Durchsetzungskraft verleihen soll. P.A.F. versteht sich als Forum für Erfahrungsaustausch, als Organisation für die nationale und internationale Vernetzung von Architektinnen und Planerinnen sowie als Partei, die die Vertretung von Fachfrauen

in den massgebenden Entscheidungsgremien vorantreibt. P.A.F. steht dabei sowohl Fachfrauen als auch an Architektur und Planung interessierten Frauen offen.

Weitere Informationen bei: P.A.F., Irene Hupfer, Baselweg 24, 4146 Hochwald.

Frauenstudienwoche an der Uni Bern

bü. Vom 5.–9. Dezember findet an der Uni Bern eine Frauenwoche statt. Die Aktionswoche soll einerseits der Forderung nach Einbezug geschlechtsspezifischer Forschungsansätze in den ordentlich gelehrten Wissenschaften Nachdruck verleihen. Andererseits soll einmal mehr auf die eklatante Abwesenheit von Frauen im Mittelbau und auf DozentInnenebene aufmerksam gemacht werden. Schliesslich ist die neue Form der Frauenwoche selber Ausdruck der Bemühungen um mehr Aufmerksamkeit. Die Organisatorinnen der Frauenstudienwoche – Studentinnen und die Abteilung für Frauenförderung sowie der Verein feministische Wissenschaften – mussten in den letzten Jahren immer wieder darum kämpfen, dass ihre Aktionstage und -wochen nicht an den Rand des Stundenplanes und des Unibetriebs gedrängt wurden.

In dem Konzept der Frauenstudienwoche wollten die Organisatorinnen möglichst viele Fachbereiche einbeziehen. Die ProfessorInnen wurden deshalb aufgefordert, entweder selber das Thema der laufenden Vorlesung aus einem geschlechtsspezifischen Ansatz zu beleuchten, geschlechtsspezifische Themen aufzugreifen oder aber einer Expertin (einem Experten) Platz zu machen. So wurde erreicht, dass für einmal auch zu Hauptvorlesungszeiten Referate zu Frauenthemen stattfinden. Einige Rosinen aus dem reichhaltigen Programm: ein Gastvortrag der